5. Sitzung des Arbeitskreises der Schulverwaltungsämter am 14.03.2014

1. Vermerk:

Teilnehmer/-innen: sh. beigefügte Teilnahmeliste

Nach der Begrüßung durch Frau Kaptain wird einvernehmlich von allen beschlossen, den TOP 2 der Einladung vom 26.02.2014 zuerst zu behandeln.

TOP 2 Errichtung von Förderschulzentren

Mit der als Anlage beigefügten Präsentation legt Herr Schevardo, Schulaufsichtsbeamter für die Förderschulen im Kreis Düren, die mögliche Entwicklung der Förderschullandschaft im Kreis Düren im Bereich der Lern- und Entwicklungsstörungen (LES) dar. Die Umsetzung der Inklusion ist aus seiner Sicht eine Generationenaufgabe, die viele Jahre dauert. Benötigt wird eine gewisse Schrittigkeit und er sieht seinen Vortrag als einen Schritt in Richtung Inklusion.

Bei den Förderschulen im Bereich LES sieht er eine besondere Brisanz, die weiteren Förderschulen bleiben aus seiner Sicht nicht nur mittel-, sondern wahrscheinlich auch langfristig bestehen. Zusätzlich zu den auf Seite 2 der Präsentation genannten Förderschulen besuchen Kinder aus dem Kreis Düren aufgrund bestehender Kooperationen Förderschulen in Nachbarkreisen.

Lt. 9. Schulrechtsänderungsgesetz hat jedes Kind das Recht auf eine Beschulung in der allgemeinen Schule. Es muss kein Wahlrecht geben, die Eltern bestimmen aufgrund ihres Verhaltens.

Die Mindestgrößenverordnung ist nicht Bestandteil des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes, die Verordnung besteht schon sehr lange, früher wurde aber gestattet, teilweise Schulen mit bis zu 50 % weniger Schüler/-innen als in der Mindestgrößenverordnung genannt, fortzuführen. Ab dem 01.08.2015 sind nun z.B. Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt LE für Primarstufe und Sekundarstufe I mit weniger als 144 Schüler/-innen auslaufend zu schließen. Entscheiden sich weniger als 144 Eltern, ihre Kinder zu dieser Förderschule zu schicken, dann wird es auch hier keine LE-Schule mehr geben, d.h. es gibt dann kein Wahlrecht.

Gemeinsam mit den Schulleitungen hat Herr Schevardo versucht, eine Prognose über die Schülerzahlen der LES-Förderschulen für die nächsten Jahre zu erstellen (sh. Seite 5 der Präsentation). Ansatz ist hierbei, dass ein neues System nur dann sinnvoll ist, wenn es auf der Basis von Schülerzahlen, auch einen Bestand von mindestens 5 Jahren haben wird.

Sein Vorschlag lautet, dass ab dem 01.08.2015 von derzeit sechs Schulen LES noch zwei bestehen bleiben, eine von beiden jedoch mit zwei Teilstandorten. Auf Basis der Entwicklung macht es dabei keinen Sinn, LES weiter zu teilen und Insellösungen zu finden. Aus heutiger Sicht wären auch drei eigenständige LES-Schulen tragbar, auf lange Sicht jedoch nicht (sh. Schülerprognose).

Für den Förderschwerpunkt Sprache ist seines Erachtens eine 100 %-ige Inklusion angestrebt. Für den Förderschwerpunkt emotionale-soziale Entwicklung ist es aus pädagogischer Sicht nicht wünschenswert und zielführend, alle Schüler/-innen dieses Förderschwerpunkts unter ein Dach zu bringen. Hier ist eine relativ schlechte Rückführquote zu verzeichnen.

Vorteile der Vorschläge von Herrn Schevarado liegen ua. darin, dass auch zukünftig für alle drei Förderschwerpunkte LES die Wahlmöglichkeit einer Förderschule bestehen bleibt und sogar in den Bereichen emotionale-soziale Entwicklung und Sprache eine relative Wohnortnähe gewahrt wäre. Das neue System sollte von Klasse 1 und 5 aufgebaut werden, so dass die Sozialverträglichkeit für Schüler/-innen und Eltern gegeben sei. Insgesamt werden aus seiner Sicht die Fahrkosten geringer, da es drei Schulstandorte geben soll. Nach fünf Jahren sollten die Entscheidungen nochmals auf den Prüfstand gestellt und weiter geschaut werden.

Stolpersteine werden z.B. in der Trägerschaft gesehen, da diese nicht eindeutig geklärt ist. Ein Vorschlag wäre es, dass der Kreis Düren die Förderschulen in seine Trägerschaft übernimmt, alternativ besteht die Möglichkeit von Zweckverbänden.

Herr Schevarado weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der von ihm aufgezeigten mögliche Entwicklung um einen Vorschlag handelt, der nicht übergestülpt werden soll. Diese Vorschläge sind mit allen Schulleitungen kommuniziert worden, für die die Entwicklung einen Einschnitt darstellt, aber trotzdem tragen sie es mit. Das Konstrukt wäre auch seitens der Bezirksregierung genehmigungsfähig.

Die Stadt Düren hat sich mit dem Thema bereits auseinander gesetzt und den Vorschlag unterbreitet, die Cornetzhofschule als Dependance zu halten. Lt. Mitteilung der Gemeinde Kreuzau schließt die Gereonschule zum Schuljahr 2015/2016, der Verbandsbeschluss wird vor der Kommunalwahl getroffen werden. Relativ wenige Kinder aus den Gemeinden Inden und Langerwehe (s. Prognose) besuchen derzeit Förderschulen.

Der Vorschlag, dass die vorgesehenen 2 Förderschulen LES, mit drei Standorten, in Kreisträgerschaft geführt werden, findet breite Zustimmung. Fahrtkosten könnten z.B. von einem Zweckverband nicht gestemmt werden.

Die Schulträger weisen darauf hin, dass Verträge z.B. mit Förderschulen in Eschweiler oder Zulpich bestehen, die rechtzeitig zu kündigen wären, wenn Förderschulen in Trägerschaft des Kreises für alle LES-Kinder fortgeführt werden. Die Schirmerschule in Jülich wurde im PPP-Modell errichtet. Hier stellt sich die Frage, wie dies fortgeführt werden kann, wenn der Kreis die Trägerschaft übernimmt. *(Anmerkung der Unterzeichnerin: Vergleichbare Kommunen Kreis Steinfurt, Kreis Kleve und Kreis Viersen).*

Aus Sicht der Schulaufsicht läuft die Zeit und in 15 Monaten - sprich zum Schuljahresbeginn 2015/2016 - muss eine Lösung gefunden werden.

Das angesprochene Problem einer Rückzahlung möglicher Zuschüsse für Neubauten stellt sich aus Sicht der Schulträger nicht, da die infrage kommenden Träger die Gebäude ohne Zuschüsse errichtet haben.

TOP 1 Inklusion, u.a. wohnortnahe Beschulung

Im Kreis Düren werden mehr als 700 Kinder mit Förderbedarf in allgemeinen Schulen unterrichtet. In den vergangenen beiden Jahren haben sich die Lehrkräfte der allgemeinen Schulen auf Fachkonferenzen und Tagungen auf die inklusive Arbeit vorbereitet. Laut Frau Lürken, Schulaufsichtsbeamtin für die Grundschulen und Generalistin Inklusion, sind die Schulen im Kreis Düren bereits gut aufgestellt.

Auf Grundlage der Beschlüsse der Inklusionsrunden haben Frau Lürken und Frau Lietz ein Konzept erarbeitet, wie viele Plätze welche weiterführende Schule für Schüler/-innen mit Förderbedarf vorhalten müssen. Die Schulen wurden bereits entsprechend informiert.

Die Schulaufsicht ist auf die Zusammenarbeit mit den kommunalen Schulträgern angewiesen, da die Schulaufsicht per Gesetz Kinder zuweisen müsse. Die Kommunen müssten Beschlüsse fassen, welche ihrer Schulen als Schwerpunktschulen (d.h. Schulen, die über LES hinaus einen weiteren Förderschwerpunkt anbieten) oder als Schulen mit GL (= Gemeinsames Lernen) eingerichtet werden.

Die Stadt Düren hat gemeinsam mit Frau Lürken und Frau Lietz bereits Schulen benannt, die Förderschüler mit bestimmten Förderschwerpunkten aufnehmen können. In der Stadtratssitzung im April 2014 werden die entsprechenden Beschlüsse gefasst und danach kann die Schulaufsicht die Kinder zuweisen.

Die Elternwünsche wurden in Listen zusammengetragen und in den Inklusionsrunden, die bisher stattgefunden haben, besprochen. Teilweise waren für einzelne Schulen zu viele Kinder mit Förderbedarf vorgesehen, so dass der konkrete Elternwunsch nicht immer erfüllt werden konnte, derzeit laufen noch die Anmeldeverfahren. Die dritte Inklusionsrunde tagt am 03.04.2014.

Die Schulaufsichtsbeamten übernehmen die Verantwortung für die Zuweisung der Kinder zu den jeweiligen Schulen. Wichtig ist die Rückmeldung der Schulträger, und ggf. die Beschlüsse der Räte, welche Schule GL oder Schwerpunktschule wird. Frau Lürken regt an, alle GU-Schulen als GL-Schulen zu belassen und die Schwerpunktschulen "dünner zu säen".

Es gibt immer noch Zuschüsse vom Landschaftsverband Rheinland zur Schaffung der notwendigen sachlichen Voraussetzungen für die Aufnahme behinderter Kinder. Frau Lürken weist darauf hin, dass schon immer Einzellösungen mit dem Schulträger gefunden wurden.

Das Stellenbudget für Sonderpädagogen-Stellen im allgemeinen Schulbereich liegt zum Schuljahr 2012/2013 bei 165,3 Stellen. Diese Quote ist in Düren für den Förderschulbereich und den allgemeinen Schulbereich gedeckelt. Etwa die Hälfte dieser Sonderpädagogen-Stellen sind in Förderschulen eingesetzt, die andere Hälfte wird im nächsten Schuljahr schon in den allgemeinen Schulbereich fließen. Pro Schule – gemessen an den Schülerzahlen – liegt dann die Schüler-Lehrer-Relation bei 9,92. Alle Schulen, die voraussichtlich Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf aufnehmen werden, wurden berücksichtigt. Die neue Schulform in Titz, die Primusschule, musste mit eingerechnet werden.

Die Schulaufsicht hat im Vorgriff die Schulen bereits informiert, aber eine tatsächliche Stellenzuweisung und Aufnahme ist erst möglich, wenn ihr die v.g. Beschlüsse bzw. Rückmeldungen der Kommunen vorliegen. Eine Besonderheit ist die Sekundarschule in Hürtgenwald, die Stellen werden geteilt zwischen der Städteregion Aachen und dem Kreis Düren. Hier ist ein Beschluss des Zweckverbandes erforderlich, für die Grundschule in Hürtgenwald ein Beschluss der Gemeinde.

In den ersten drei Schuljahren sind AOSF-Anträge nur von den Eltern möglich, nicht mehr von der Schule. Zu erwähnen ist aber, dass die Sonderpädagogen bereits an den Schulen sind und gemeinsam mit den Regelschullehrern auf die Kinder achten. Man muss jedoch GL-Schule sein, damit Sonderpädagogen-Stellen dort vorhanden sind. Förderkonferenzen vor Ort können durchgeführt werden. Perspektivisch hat in zehn Jahren jede Schule einen Sonderpädagogen. Zum Schuljahr 2014/2015 gibt es im Kreis Düren 46 Grundschulen, 35 Schulen sind bereits bei der Berücksichtigung von Sonderpädagogen-Stellenanteilen eingeplant, bei den weiterführenden Schulen erhalten 20 Schulen entsprechende Stellenanteile. In 2014 werden sechs Fachtagungen für Lehrkräfte angeboten, um ein pädagogisches Konzept für den Bereich Inklusion zu entwickeln.

In vielen Fällen wird eine Einzelfallentscheidung zu treffen sein. Es muss für jede Konstellation eine Schule angeboten werden, im Einzelfall wird mit den Schulträgern zu besprechen sein, wie diese Entscheidung aussieht. Die Verantwortung liegt bei der Kommune des Wohnortes des Kindes. Kann sie keine entsprechende allgemeine Schule anbieten, muss sie sich darum kümmern, wohin das Kind gehen wird. Die Schulen sollten Plätze reservieren auch für Kinder, die aus anderen Kommunen als der des Schulträgers kommen.

Die Schulträger weisen darauf hin, dass Eltern bereits teilweise mit einem entsprechenden Schreiben in Schulen waren, dass ihr Kind dort aufgenommen werden, die Kommunen selbst seien hierüber nicht informiert. Frau Lürken führt hierzu aus, dass es sich um eine Vorabinformation für die Eltern handele, die wegen der Anmeldefristen den Eltern zugegangen sei, dies sei aber keine Zuweisung oder Aufnahmeverpflichtung.

Seitens der Träger wird hier angeführt, dass die Kinder, die aus anderen Kommunen kommen, bei der Festlegung einer neuen Zügigkeit für die eine Schule des Trägers außen vor bleiben, obgleich Plätze für sie freigehalten werden müssen.

Probleme werden darin gesehen, dass es teilweise zwischen den einzelnen Schulträgern keine Absprachen darüber gibt, wer welche Kinder an seinen Schulen aufnimmt. Nach einer kurzen Diskussion wird seitens der Schulträger mit Blick auf das Wohl der Kinder aller Kommunen vorgeschlagen, dass der Kreis Düren die Fahrtkosten **aller Schwerpunktschüler der ka Kommunen zu Sek I- und Sek II-Schulen im Kreis Düren** übernimmt. Viele Kommunen verfügen nicht über alle Schulformen, teilweise sind sie aber auch im Stabilisierungspakt und dürfen keine zusätzlichen freiwilligen Ausgaben tätigen, so dass sie abweichend der gesetzlichen Regelungen (s. Schülerfahrtkostenverordnung) keine Vereinbarungen mit Nachbarkommunen zur Aufnahme ihrer Kinder treffen dürfen. Es wird seitens der Verwaltung zugesagt, dies mit dem Landrat und den politischen Gremien zu klären.

Zum weiteren Vorgehen hinsichtlich der **Schwerpunktschulen** wird abschließend vereinbart, dass für den **Grundschulbereich**, außer der Stadt Düren, von den Trägern keine Rückmeldungen an die Schulaufsicht erforderlich ist. Vor Aufnahme eines Schülers mit Förderschwerpunkten, außer LES, muss dies in jedem Fall mit dem Schulträger abgestimmt werden. Im **Sekundarbereich** muss eine entsprechende Rückmeldung zeitnah erfolgen (s.o).

In der Schulleitungsrunde am 18.03.2014 wird Frau Lürken die Schulleitungen der Grundschulen darüber informieren, dass sie ihren Schulträger über geplante Aufnahmen bzw. Anmeldungen der Schüler/-innen mit diesem besonderen Förderbedarf informieren muss.

TOP 3 Schulentwicklungsplan Förderschulen

Frau Lietz teilt mit, dass Überlegungen anstehen, tagesaktuelle Daten mit den Förderschüler/-innen erstellen zu können. Es wird dann kein Problem mehr bestehen, intern abzufragen, wie viele Schüler/-innen einer Kommune auf welchen Förderschulen beschult werden.

In einem Schulentwicklungsplan wird es darum gehen, wie viele Förderschulen es im Kreis Düren gibt, wie die weitere Entwicklung aussieht und welche Förderschule weiter Bestand hat. Mit Blick auf die beigefügte Präsentation von Herrn Schevardo über die mögliche Entwicklung der Förderschulen im Bereich LES sind diese Fragen im Grunde geklärt. Zudem ist heute nicht abzusehen, wie das Wahlverhalten der Eltern aussieht. Es wird daher seitens der Schulträger kein Erfordernis für eine Schulentwicklungsplanung der Förderschulen gesehen.

Es wurde vereinbart, den Trägern jährlich die Schülerzahlen der Kinder aus ihren Kommunen mit Förderbedarf und besuchten Schulen mitzuteilen.

TOP 4 Verschiedenes

Eingangsklassenbildung: Frau Lürken weist darauf hin, dass sie hierzu noch nicht die Rückmeldung aller Schulen hat, benötigt diese aber dringend, um auch Lehrerstellenanteile berechnen zu können. Sie bittet um baldige Erledigung.

Anträge auf OGS an die Bezirksregierung: In diesem Zusammenhang wird auf die Vorlagefrist bei der Bezirksregierung Köln zum 31.03.2014 hingewiesen.

Verfassungsklage: Die Kommunen werden sich überwiegend der von ihrem Spitzenverband angestrebten Verfassungsklage gegen das 9. Schulrechtsänderungsgesetz vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Gemeinderäte anschließen.

I.A.

gez. Lucia Breuer